



Institut für Makroökonomie
und Konjunkturforschung

Report

Nr. 39 | Juli 2009

Deutsche Wirtschaft verharrt in Talsohle

Prognose-Update: Die konjunkturelle Lage zur Jahresmitte 2009

Peter Hohlfeld, Gustav Horn, Simon Sturn, Silke Tober

Die deutsche Wirtschaft ist im Winterhalbjahr 2008/09 in eine Krise historischen Ausmaßes abgerutscht. Die gesamtwirtschaftliche Produktion schrumpfte seit dem Herbst vergangenen Jahres saisonbereinigt, real um nahezu 6 %. Dabei waren die Produktionseinbußen in der Industrie, vor allem bei den Investitionsgütern, besonders gravierend. Die Ausrüstungsinvestitionen brachen gegenüber dem dritten Quartal 2008 um mehr als 20 % ein. In einem ähnlich dramatischen Ausmaß sind die Ausfuhren infolge der weltweiten Rezession gesunken. Da der Rückgang der Einfuhren nicht ganz so drastisch war, trug der Außenbeitrag zu einem erheblichen Maß zur Abnahme des Bruttoinlandsprodukts bei. Die Nettoexporte verringerten sich um fast 44 Mrd. Euro. Hingegen blieben die privaten Konsumausgaben nicht zuletzt dank des stabilisierenden Effekts der Kurzarbeit und der Abwrackprämie sowie des geringen Preisanstiegs nahezu stabil.

Im zweiten Quartal dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion abermals zurückgehen, wenngleich merklich verlangsamt. Maßgeblich hierfür sind die nicht mehr so stark sinkende Industrieproduktion sowie ein Nachholeffekt des Bauhauptgewerbes infolge eines witterungsbedingten überdurchschnittlichen Rückgangs im vergangenen Winter. Außerdem dürften die privaten Konsumausgaben geringfügig steigen, hierauf deuten die leicht anziehenden Einzelhandelsumsätze hin.

In der zweiten Jahreshälfte wird die konjunkturelle Entwicklung, bei einer weiterhin negativen Grundtendenz, durch die verstärkt greifenden staatlichen Stützungsmaßnahmen geprägt sein. Für das Jahr 2009 insgesamt wird die Abnahme des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt 6,5% betragen. Das IMK senkt somit seine Prognose im Vergleich zur Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute um einen halben Prozentpunkt.

Im kommenden Jahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion nahezu stagnieren. Zwar erholen sich die Exporte infolge einer etwas besseren Weltkonjunktur leicht und auch die Investitionen werden aufgrund der Konjunkturpakete und des Auslaufens günstiger Abschreibungsmodalitäten moderat zunehmen. Allerdings werden bei deutlich abnehmender Beschäftigung und stark steigender Arbeitslosigkeit die privaten Konsumausgaben drastisch sinken. Das Bruttoinlandsprodukt wird 2010 im Jahresdurchschnitt um 0,4 % abnehmen.

Fragile Konjunktur

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer tiefen Rezession. Weltweit brachen im Winterhalbjahr Produktion und Handel ein. Seit dem Frühjahr dürfte sich die Fallgeschwindigkeit verlangsamt haben. Zahlreiche Maßnahmen seitens der Politik zur Stützung der Konjunktur und zur Stabilisierung der Finanzmärkte wurden eingeleitet. So wurden in vielen Ländern teilweise umfangreiche fiskalpolitische Nachfrageprogramme beschlossen, die nunmehr ihre Wirkung sukzessive entfalten werden. Außerdem dürften von der weltweit expansiv ausgerichteten Geldpolitik Impulse auf die Konjunktur ausgehen. Allerdings ist eine grundlegende Erholung der Weltwirtschaft vorerst nicht zu erwarten. Eine deutlich sinkende Beschäftigung und die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit sowie der Konsolidierungsdruck bei den Konsumenten in vielen Ländern wirken sich auf den Konsum im Prognosezeitraum (2009/10) negativ aus. Außerdem werden die Unternehmen ihre Investitionen infolge der erschwerten Finanzierungsbedingungen und der niedrigen Kapazitätsauslastung vorläufig nicht ausweiten. Alles in allem sind die Perspektiven für die deutsche Exportwirtschaft sehr gedämpft. Hinzu kommt, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nur geringfügig verbessern wird.

Auch für die deutsche Binnenwirtschaft sind die Aussichten insgesamt nicht günstig. Die Geldpolitik wird im Prognosezeitraum zwar weiterhin stark expansiv sein (Tabelle 1). Das IMK erwartet, dass die Europäische Zentralbank den Leitzins im Jahresverlauf in

zwei Schritten auf 0,5 % senken wird. Außerdem wird sie die Banken weiterhin mit längerfristiger Liquidität versorgen. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich der Kreditzugang für die Unternehmen nochmals verschlechtert, da die Banken infolge der noch zu erwartenden umfangreichen Abschreibungen und der steigenden Risiken im Zuge des Konjunkturabschwungs die Kreditvergabe zunehmend restriktiv handhaben werden.

Die Finanzpolitik in Deutschland hat auf die Krise expansiv reagiert. Die Staatsausgaben werden infolge der Realisierung der Konjunkturprogramme sowie diverser weiterer Maßnahmen massiv ausgeweitet. Der fiskalpolitische Impuls dürfte 2009 und 2010 eine Größenordnung von 1,3 % bzw. 0,4 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt haben. Damit wirkt der Staat bisher stabilisierend auf die Konjunktur.

Alles in allem erwartet das IMK für den weiteren Verlauf dieses Jahres eine abgeschwächt negative konjunkturelle Grundtendenz, die teilweise durch die fiskalpolitischen Maßnahmen kompensiert wird. Im weiteren Jahresverlauf 2009 wird sich voraussichtlich eine stagnative Tendenz bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion einstellen. Im Jahresdurchschnitt 2009 wird der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts auch aufgrund eines hohen statistischen Unterhangs 6,5 % betragen; im Jahresverlauf beträgt er 4,7 %. Im Jahr 2010 wird die Verringerung des Bruttoinlandsprodukts voraussichtlich im Durchschnitt 0,4 % betragen (Abbildung 1, Tabelle 2).

Tabelle 1

Rahmendaten der Prognose			
Jahreswerte	2008	2009	2010
Dreimonats-Euribor (%)	4,6	1,3	1,0
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (Euroraum) (%)	4,3	3,9	4,0
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (USA) (%)	3,7	3,3	3,8
Wechselkurs (USD/EUR)	1,47	1,34	1,35
Realer effektiver Wechselkurs des Euro (gegenüber 41 Ländern) ¹	111,1	110,9	110,9
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (gegenüber 56 Ländern) ¹	99,6	99,4	99,2
Tarifindex (Bundesbank, je Stunde) (% , Vj.)	2,7	2,5	1,3
Ölpreis (Brent, USD)	112	58	68

¹ Sinkende Werte des jeweiligen Indikators bedeuten eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Quellen: Deutsche Bundesbank; EZB; EIA; Federal Reserve; ab 2009 Prognose des IMK.



Zaghafte Stabilisierung der Ausfuhren

Der im Frühjahr vergangenen Jahres einsetzende Rückgang der Exporte hat sich im Winterhalbjahr dramatisch verschärft. Im ersten Quartal 2009 brachen die Ausfuhren saisonbereinigt um 9,7 % ein. Maßgeblich hierfür war der fast zeitgleiche konjunkturelle Einbruch bei den Handelspartnern, vielfach durch eine außergewöhnlich starke Verringerung der Investitionen geprägt, die im Exportsortiment der deutschen Unternehmen einen hohen Anteil haben. Besonders stark war der Rückgang der Lieferungen in die Länder Mittel- und Osteuropas sowie in die USA und nach Russland. Hingegen waren die Exporteinbußen nach China nur gering.

Vorerst werden die Ausfuhren weiter abwärts gerichtet sein, wenngleich nicht mehr in dem bisherigen Ausmaß. Zwar waren die Warenexporte im April abermals kräftig rückläufig, aber die Auftragseingänge aus dem Ausland, insbesondere die der Investitionsgüter, sind im Mai wieder gestiegen. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums werden die deutschen Exporte aufgrund der nur leichten Besserung der Weltkonjunktur und des geringen Anstiegs der preislichen Wettbewerbsfähigkeit nur sehr moderat zunehmen. Im Jahr 2010 beträgt der Exportzunahme 0,3 %, nach einem Rückgang um 17,8 % im Jahr 2009.

Die Importe sanken zum Jahresanfang 2009 ebenfalls sehr stark. Maßgeblich hierfür waren die überaus starken Einbrüche bei den Ausrüstungsinvestitionen und den Ausfuhren. Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden die Einfuhren, einhergehend mit der rückläufigen Entwicklung der Inlandsnachfrage und der Exporte, erneut sinken. Ein expansiver Impuls geht vorerst noch von der bisherigen Verringerung der Importpreise aus. Im Verlauf des nächsten Jahres werden die Importe bei leicht zunehmender Exporttätigkeit geringfügig steigen. Im Jahresdurchschnitt 2009 sinken die Einfuhren um 10,7 %; im Jahr 2010 um 0,5 %. Der Außenhandel trägt mit -4,3 Prozentpunkten in diesem Jahr maßgeblich zu dem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts bei; 2010 wird der Wachstumsbeitrag mit 0,3 Prozentpunkten leicht positiv sein (Tabelle 3).

Die Einfuhrpreise sind im ersten Quartal dieses Jahres erneut spürbar gesunken, weil die Energie- und Rohstoffpreise weiter nachgaben. Gegenüber dem Abschlussquartal 2008 sank der Importdeflator um 2,5 %. Zuletzt sind die Notierungen für Rohöl und andere Rohstoffe auf Dollarbasis wieder gestiegen. Die Aufwertung des Euro wirkte etwas dämpfend. Für den weiteren Prognosezeitraum werden ein durchschnittlicher Rohölpreis von 68 US-Dollar und ein konstanter Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,35 angenommen. Die Importpreise werden nicht zuletzt

wegen der schwachen Weltkonjunktur weiter zurückgehen. Im Jahresdurchschnitt 2009 wird der Deflator der Einfuhren um 6,1 % sinken, 2010 dann um 0,9 %.

Die Ausfuhrpreise sanken im ersten Quartal besonders stark. Der Deflator der Exporte ging um 2,2 % zurück. Infolge der schwachen Auslandsnachfrage sowie niedriger Kapazitätsauslastungen bei den deutschen Exporteuren werden die Ausfuhrpreise niedriger notieren, allerdings nicht in dem Ausmaß wie die Importpreise. Die Terms of Trade werden sich in diesem Jahr erheblich verbessern, im nächsten Jahr dagegen nahezu konstant bleiben.

Investitionen weiter unter Druck

Die Ausrüstungsinvestitionen haben in den ersten Monaten 2009 überraschend drastisch abgenommen; saisonbereinigt sanken sie um 16,2 %. Damit liegen sie auf dem Niveau vom Herbst 2005, dem Beginn des letzten Aufschwungs. Maßgeblich hierfür dürften die stark reduzierte Kapazitätsauslastung der Unternehmen und die erschwerte Finanzierung gewesen sein. Die Ausrüstungsinvestitionen werden auch weiterhin unter Druck sein. Die mittelfristigen Absatzperspektiven im In- und Ausland, nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden weltweiten Unterauslastung der Kapazitäten, bleiben eingetrübt. Hinzu kommt, dass die Kreditvergabe vorläufig weiter restriktiv gehandhabt wird. Insbesondere die für Großkredite übliche Konsortialbildung unter den Banken findet derzeit nicht ausreichend statt. Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum insgesamt deutlich rückläufig sein. Lediglich die Ende 2010 auslaufende degressive Abschreibung dürfte zu Vorzieheffekten führen. In diesem Jahr werden die Ausrüstungsinvestitionen sowohl im Verlauf als auch im Durchschnitt um 22 % sinken. 2010 werden sie im Verlauf leicht steigen, im Jahresdurchschnitt allerdings nochmals um 3,8 % abnehmen.

Die Bauinvestitionen haben zu Beginn dieses Jahres mit einer saisonbereinigten Rate von 2,6 % stark abgenommen. Dies ist auch auf den strengen Winter zurückzuführen infolgedessen Aufträge teilweise nicht realisiert werden konnten. Diese dürften nun im zweiten Quartal nachgeholt werden. Der in der Tendenz sinkende Auftragseingang und die ebenfalls abnehmende Anzahl der Genehmigungen im Wohnungsbau deuten auf einen spürbaren Rückgang im weiteren Verlauf dieses Jahres hin. Außerdem wirken die rückläufigen real verfügbaren Einkommen dämpfend auf die Wohnungsbauinvestitionen. Hingegen dürften die relativ niedrigen Hypothekenzinsen sowie die Fördermaßnahmen zur Gebäudesanierung stützen.

Abbildung 1

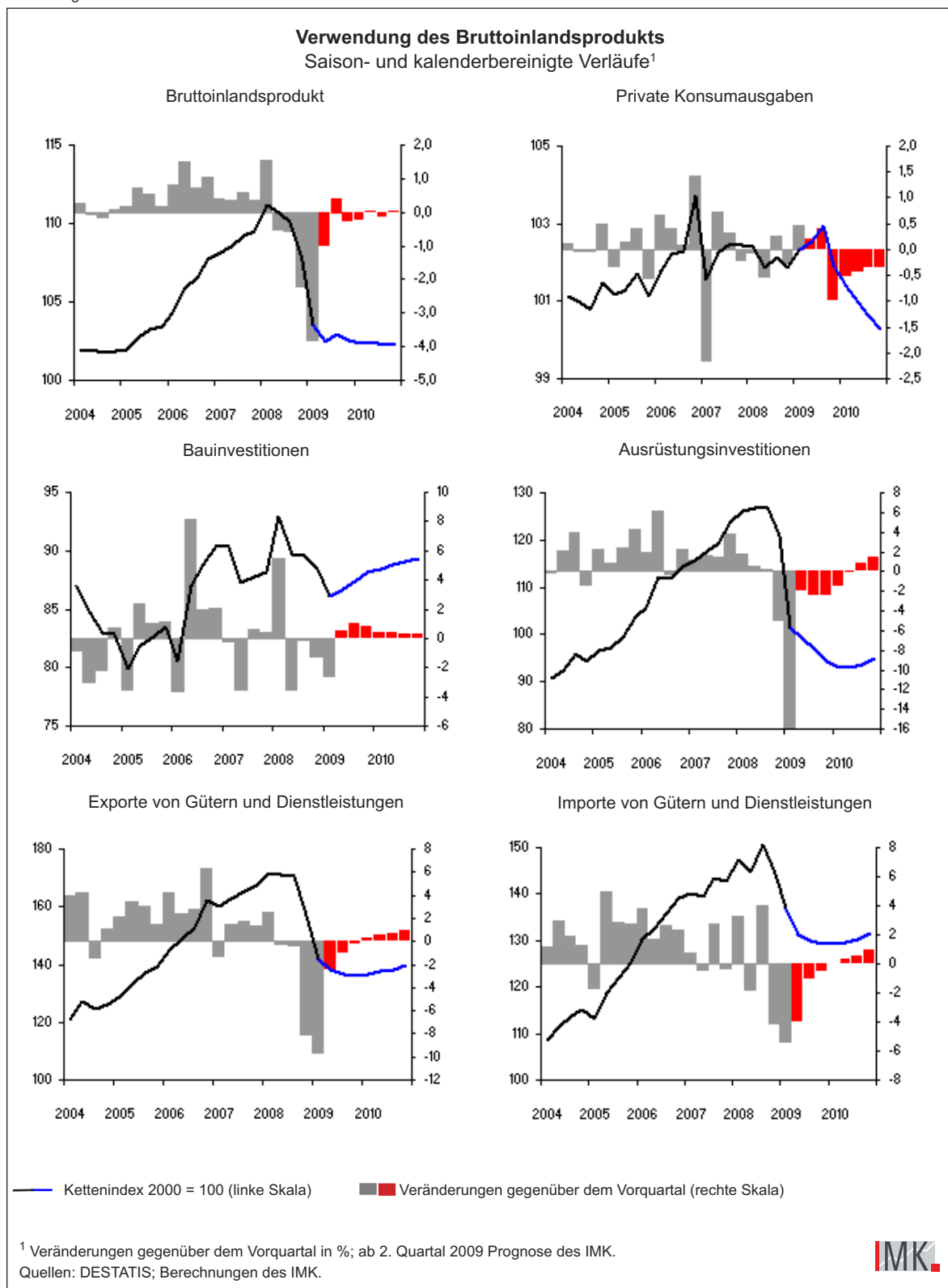


Tabelle 2

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				
	2007	2008	2009	2010
Verwendung¹				
Konsumausgaben	0,2	0,5	0,5	-0,5
Private Haushalte ²	-0,4	0,1	0,2	-1,4
Staat	2,2	1,8	1,7	2,3
Anlageinvestitionen	4,3	4,4	-10,7	-0,3
Ausrüstungen	6,9	5,9	-22,0	-3,8
Bauten	1,8	3,0	-3,7	2,3
Sonstige	8,0	6,5	6,2	1,9
Exporte	7,5	2,7	-17,8	0,3
Importe	5,0	4,2	-10,7	-0,5
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,3	-6,5	-0,4
Preise				
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,5	1,2	0,6
Konsumausgaben ²	1,7	2,1	-0,2	0,1
Einfuhr	-0,1	1,6	-6,1	-0,9
Nachrichtlich: Verbraucherpreise	2,3	2,6	0,3	0,3
Einkommensverteilung				
Arbeitnehmerentgelte	3,0	3,5	-2,3	-2,4
Gewinne ³	4,5	2,6	-16,0	-1,2
Volkseinkommen	3,5	3,1	-7,1	-2,0
Nachrichtlich:				
Tariflöhne (Stundenbasis)	1,2	2,7	2,5	1,3
Effektivverdienste	1,4	2,3	2,4	0,2
Lohn drift	0,2	-0,4	-0,1	-1,1
Entstehung				
Erwerbstätige	1,7	1,4	-0,9	-2,9
Arbeitszeit	0,2	-0,4	-3,6	1,0
Arbeitstage ⁴	-0,1	0,3	0,0	0,2
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen	1,8	1,3	-4,5	-1,7
Produktivität	0,7	0,0	-2,0	1,3
Bruttoinlandsprodukt ¹	2,5	1,3	-6,5	-0,4
Nachrichtlich:				
Erwerbslose ⁵ , in 1000	3 602	3 141	3 498	4 293
Erwerbslosenquote, in %	8,3	7,2	8,1	10,0
Arbeitslose ⁶ , in 1000	3 776	3 268	3 575	4 448
Arbeitslosenquote, in %	8,7	7,5	8,2	10,3
Lohnstückkosten	0,4	2,0	4,5	-1,7
Budgetsaldo, in % des BIP	-0,2	-0,1	-4,0	-6,4
¹ Preisbereinigt. ² Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. ³ Unternehmens- und Vermögenseinkommen. ⁴ Arbeitstageeffekt der Deutschen Bundesbank. ⁵ In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO). ⁶ In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.				
Quellen: Deutsche Bundesbank; DESTATIS; Berechnungen des IMK; ab 2009 Prognose des IMK.				

Der Wirtschaftsbau wird angesichts der stark rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen und des steigenden Leerstands bei Büroräumen und anderen Gewerbeimmobilien sowie der zunehmenden Probleme bei der Fremdfinanzierung deutlich schrumpfen. Dagegen werden die öffentlichen Bauinvestitionen im Prognosezeitraum infolge der umfangreichen fiskalpolitischen Maßnahmen und des aufgestauten Investitionsbedarfs bei der öffentlichen Infrastruktur spürbar expandieren. Hierauf weist die aktuelle Zunahme bei den Auftrags-eingängen der öffentlichen Auftraggeber hin: Der Aprilwert liegt fast 8 % über dem Niveau des ersten Quartals. Insgesamt jedoch sinken die Bauinvestitionen 2009 um 3,7 %; im kommenden Jahr steigen sie um 2,3 % (Verlaufsdaten 2009: -0,3 %, 2010: 1,3 %).

Privater Konsum im Rückwärtsgang

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen in den ersten Monaten dieses Jahres um saisonbereinigt 0,5 %. Zwar war das verfügbare Einkommen leicht rückläufig, aber gleichzeitig ließ die Sparneigung nach. Vorrangig wurden aufgrund der Gewährung der staatlichen Abwrackprämie PKW nachgefragt, aber auch in verstärktem Ausmaß langlebige Gebrauchsgüter wie Möbel und Haushaltsgeräte. Auch für das Sommerhalbjahr ist ein moderater Zuwachs der privaten Konsumausgaben zu erwarten. Fiskalpolitische Maßnahmen wie zum Beispiel die Anhebung der Altersrenten sowie der Hartz IV-Regelsätze und der Sozialleistungen wirken stimulierend. Hinzu kommt die Reduzierung des Krankenversicherungsbeitragssatzes um 0,6 Prozentpunkte. Außerdem bleibt die Entwicklung der Verbraucherpreise für den Konsum günstig. Zum Jahresende und im Verlauf des nächsten Jahres wenn die Beschäftigung drastisch zurückgeht und die Arbeitslosenzahlen stark steigen, wird der private Konsum spürbar eingeschränkt. Die Effektivlöhne je Stunde steigen 2010 nur geringfügig, die Bruttolöhne und -gehälter sinken angesichts des nochmaligen Rückgangs des Arbeitsvolumens kräftig um 2,4 %. Netto sinken die Löhne infolge der verbesserten Absatzbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherung nicht ganz so stark. Die monetären Sozialleistungen steigen nur geringfügig. Die gesetzlichen Rentenbezüge dürften infolge der Lohnentwicklung dieses Jahres nicht steigen. Die Leistungen für das Arbeitslosengeld nehmen aufgrund steigender Arbeitslosenzahlen zu. Hin-gegen werden die Gewinn- und Vermögenseinkommen nochmals sinken. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen 2010 unter Berücksichtigung der geringen Teuerung um 0,8 % sinken. Die Sparquote, die 2009 auch infolge der Abwrackprämie sinkt, wird merklich steigen. Die realen privaten Konsum-

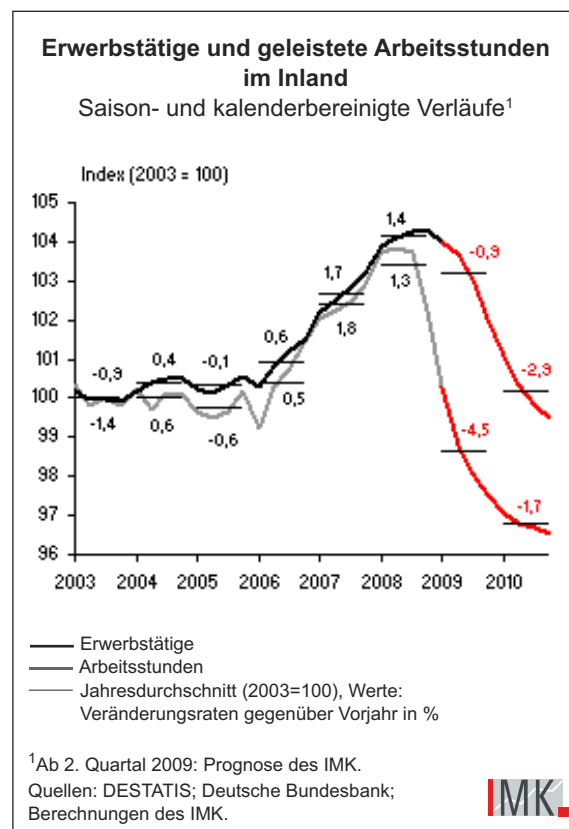
ausgaben werden 2010 im Jahresdurchschnitt um 1,4 % eingeschränkt, nachdem sie in diesem Jahr noch geringfügig um 0,2 % ausgeweitet werden.

Inflationsrate bei Null

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im ersten Halbjahr dieses Jahres infolge der Entwicklung beim Rohöl und anderer Rohstoffe weiter abgeschwächt. Außerdem sanken die Preise für Nahrungsmittel spürbar. Die Teuerungsrate betrug im Juni 0,1 % gegenüber dem Vorjahr, nach 0 % im Mai.

Im weiteren Verlauf des Jahres dürften die Preissteigerungsraten gegenüber dem Vorjahr aufgrund des Basiseffekts der Rohstoffnotierungen sogar zeitweise negativ sein, und das, obwohl der Rohölpreis jüngst wieder gestiegen ist. Für den weiteren Prognosezeitraum wird von einem nur geringen Ölpreisanstieg und einem nahezu konstanten Wechselkurs ausgegangen. Zudem haben zahlreiche Energieversorger eine Senkung ihrer Gaspreise angekündigt und von den weiterhin rückläufigen Importpreisen werden ebenfalls entlastende Impulse ausgehen. Hinzu kommt, dass die Lohnstückkosten im nächsten Jahr deutlich sinken und die Preiserhöhungsspielräume angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung äußerst gering sind. In-

Abbildung 2



samt ist mit einem nur schwachen Anstieg der Verbraucherpreise sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr von 0,3 % zu rechnen. Deutschland befindet sich damit am Rande einer Deflation.

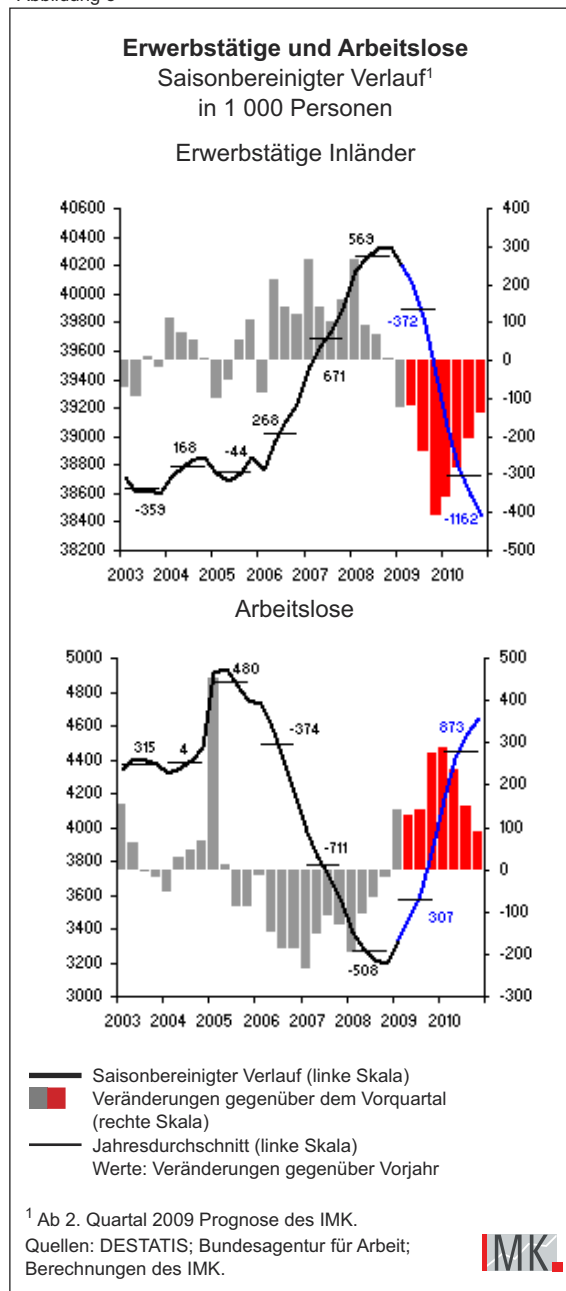
Arbeitslosigkeit nimmt dramatisch zu

Der Arbeitsmarkt reagierte angesichts des starken Einbruchs der gesamtwirtschaftlichen Produktion bislang nur recht verhalten. Der Abbau von Arbeitszeitkonten und vor allem die ausgeprägte Inanspruchnahme der Kurzarbeiterregel verhinderten Schlimmeres. So sank zwar das saisonbereinigte Arbeitsvolumen im ersten Quartal 2009 gegenüber dem dritten Quartal 2008 mit 3,3 % überaus stark (Abbildung 2). Hingegen sank die Zahl der Erwerbstätigen bis April gegenüber dem im Oktober 2008 zu verzeichnenden Höchstwert saisonbereinigt nur um 243.000 Personen.¹ Die Arbeitslosigkeit stieg bis Mai saisonbereinigt um 277.000 Personen. Die entsprechende Arbeitslosenquote stieg auf 8,2 %. Die Zahl der Kurzarbeiter ist im ersten Quartal rasant gestiegen. Nach den jüngsten Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurde im März an 1,259 Mio. Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld gezahlt.² Bei einem von der BA ermittelten durchschnittlichen Arbeitszeitausfall von 34,6 % errechnen sich 435.000 Vollzeitäquivalente (wovon 366.000 auf konjunkturelle Kurzarbeit entfallen). Damit hätte es ohne dieses zurzeit wohl wichtigste arbeitsmarktpolitische Instrument einen drastischen Anstieg der Arbeitslosenzahlen gegeben. Entscheidend für die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit ist einerseits die konjunkturelle Entwicklung, andererseits die weitere Inanspruchnahme der Kurzarbeiterregel. Zwar wird diese künftig nochmals attraktiver gestaltet – so bekommen die Unternehmen ab dem siebten Monat die Sozialversicherungsbeiträge vollständig erstattet – allerdings mehren sich schon die Anzeichen, dass die Ausweitung der Kurzarbeit deutlich zurückgeht. So sind der BA zufolge die Neuanzeigen beispielsweise im Mai um 40 % gesunken: Lagen die Neuanzeigen für konjunkturelle Kurzarbeit im April noch bei 442.000 Personen, betrug die Zahl im Mai 285.000 und im Juni voraussichtlich 210.000. Damit deutet sich für die zweite Jahreshälfte eine verstärkte Zunahme der Arbeitslosigkeit an, wobei die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung merklich sinken dürfte. In diesem Jahr nimmt die Erwerbs-

¹ Die Bundesagentur für Arbeit (BA) weist darauf hin, dass die aktuellen Zahlen für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, und somit die Erwerbstätigen, möglicherweise überschätzt sind und später nach unten korrigiert werden (vgl. BA 2009a, S. 8).

² Zahlen zur tatsächlichen Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld liegen jeweils zwei Monate nach Quartalsende vor.

Abbildung 3



tätigkeit voraussichtlich um 0,9 % bzw. um 372.000 Personen ab. Die Arbeitslosenzahl wird im Durchschnitt des Jahres um rund 300.000 Personen zunehmen. Die Arbeitslosenquote wird 8,2 % betragen

Tabelle 3

Wachstumsbeiträge der Verwendungsaggregate ¹ in Deutschland in Prozentpunkten				
	2007	2008	2009	2010
Inlandsnachfrage	1,1	1,7	-2,2	-0,6
Konsumausgaben	0,2	0,4	0,4	-0,4
Private Haushalte	-0,2	0,1	0,1	-0,8
Staat	0,4	0,3	0,3	0,4
Anlageinvestitionen	0,8	0,8	-2,5	-0,1
Ausrüstungen	0,5	0,5	-2,2	-0,3
Bauten	0,2	0,3	-0,4	0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1	0,0
Vorratsveränderung	0,1	0,5	-0,1	-0,2
Außenbeitrag	1,4	-0,4	-4,3	0,3
Ausfuhr	3,4	1,3	-9,0	0,1
Einfuhr	-2,0	-1,7	4,7	0,2
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,3	-6,5	-0,4

¹ Berechnet aus verketteten Volumenangaben; Lundberg-Komponente; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Quellen: DESTATIS; Berechnungen des IMK; ab 2009 Prognose des IMK.



(Abbildung 3). Dass die Zunahme nicht noch dramatischer ausfällt, ist auch auf Sondereffekte zurückzuführen.³

Auch 2010 wird die Kapazitätsauslastung der Unternehmen angesichts der stagnierenden Konjunktur gering bleiben. Die Zahl der Kurzarbeiter dürfte sich deutlich verringern; im Jahresdurchschnitt auf 970.000 Personen (nach 1,5 Mio. Personen 2009). Folglich wird die Zahl der Erwerbstätigen um fast 1,2 Mio. Personen bzw. 2,9 % einbrechen. Die Arbeitslosigkeit wird im Jahresverlauf stark zunehmen; zum Jahresende auf saisonbereinigt rund 4,7 Mio. Personen. Im Jahresdurchschnitt 2010 beträgt die Arbeitslosenquote 10,3 %.

³ Eine deutliche Entlastung erfährt der Arbeitsmarkt im Prognosezeitraum durch den Rückgang des Arbeitskräfteangebots. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) prognostiziert einen Rückgang des Erwerbspersonenpotentials um 151.000 Arbeitskräfte in diesem Jahr, und 148.000 Personen 2010 (IAB 2009, Tabelle 1, S. 4). Zudem wurde die statistische Erfassung der Arbeitslosen geändert. Nach Einschätzung der BA führt das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu einem statistischen Rückgang der Arbeitslosigkeit von Mai bis Oktober 2009 um gut 190.000 Arbeitslose (vgl. BA 2009b, S. 36).

Wirtschaftspolitische Herausforderungen

Die deutsche Wirtschaft steckt in der tiefsten Rezession der Nachkriegszeit. Die gegenwärtigen Produktionseinbrüche sind nur vergleichbar mit der Zeit der Großen Depression in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts und denen nach der Vereinigung in Ostdeutschland. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stürzte 2008 im Gefolge der internationalen Finanzkrise und des weltweiten Nachfrageeinbruchs regelrecht ab. Aufgrund der starken Exportorientierung ist die deutsche Volkswirtschaft besonders hart betroffen.

Sowohl die Fiskal- als auch die Geldpolitik unternehmen eine Reihe von Maßnahmen zur Abfederung des dramatischen Abschwungs. Allerdings dürfte dies bei weitem nicht ausreichen um ähnlich wie im Japan der neunziger Jahre eine mehrjährige hartnäckige wirtschaftliche Stagnationsphase mit weiter steigender Arbeitslosigkeit zu verhindern. Zwar wirkt die Wirtschaftspolitik expansiv, angesichts des Nachfrageeinbruchs historischen Ausmaßes aber nicht expansiv genug. So geht nach wie vor ein hohes Risiko vom internationalen Finanzsystem aus. Zwar haben sich die Zinsdifferenzen (z.B. Euribor minus Eurepo) gegenüber ihren Höchstständen deutlich verringert, allerdings ist ein voll funktionierendes Bankensystem, welches ein normales Kreditgeschäft praktiziert, noch nicht in Sicht. Hier

ist besonders eine weiterhin expansive Geldpolitik gefragt. Zwar sind die Zinsen mit 1 % schon sehr niedrig, angesichts der nach wie vor schwierigen Lage sollte der Zinssenkungsspielraum aber vollständig ausgenutzt werden. Dies reicht freilich nicht aus, um die Stagnation zu durchbrechen. Hierzu wären zusätzliche fiskalpolitische Maßnahmen im gesamten Euroraum erforderlich, die allerdings derzeit angesichts des europaweiten politischen Attentismus nicht absehbar sind. Gerade in Deutschland wäre eine Stärkung der Binnennachfrage auch auf mittlere Sicht unerlässlich. Kurzfristig ist aber nicht mit einem eigentlich notwendigen dritten Konjunkturpaket zu rechnen. Damit ist ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren zu befürchten.

Diese Gefahr könnte vermindert werden, wenn die EZB wie die Fed verstärkt auf einen Kurs der quantitativen Lockerung einschwenken würde. Hierunter versteht man den An- bzw. Verkauf von Aktiva durch die Notenbank. Das können Forderungen an den Staat oder an private Wirtschaftssubjekte mit unterschiedlichen Fristigkeiten und Bonitätsgraden sein. Handelt es sich um Forderungen an den Staat spricht man auch von einer „Monetisierung staatlicher Schulden“. Letzteres ist der EZB nur erlaubt, wenn es sich um bereits im Umlauf befindliche Staatsanleihen handelt. Mit einer solchen Strategie könnte die EZB verhindern, dass sich angesichts einer Inflationsrate um Null Deflationserwartungen herausbilden. Diese würden die weitere Erholung stark behindern, da sie eine abwartende Haltung von Investoren und Konsumenten erheblich verstärken. Ferner würde der Kurs der Wertpapiere durch den Kauf seitens der EZB steigen, was den Banken die Konsolidierung ihrer Bilanz und den Unternehmen die Finanzierung ihrer Investitionen erleichterte. Mit einer quantitativen Lockerung ließe sich also ein Impuls im gesamten Euroraum erzeugen, der insbesondere auch den Exporten aus Deutschland zu Gute käme.

Literatur:

BA (2009a): Monatsbericht Mai 2009: <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000100/html/monat/200905.pdf>.

BA (2009b): Methodenbericht Mai 2009: http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000200/html/methodenberichte/methodenbericht_umfassende_arbeitsmarktstatistik.pdf.

IAB (2009): Zwischenbericht zur IAB-Arbeitsmarktprojektion 2009 und 2010: <http://doku.iab.de/grauepap/2009/proj0609.pdf>.

Herausgeber: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 0211 7778-331, Telefax 0211 7778-266, IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

Redaktionsleitung: Prof. Dr. Gustav A. Horn
Pressekontakt: Rainer Jung, 0211 7778-150

Druck: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.